

Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit Unterschiede im Grundwerte- verständnis von CDU und SPD

Mit dem Entwurf für ein Grundsatzprogramm hat die CDU in der Grundsatzdiskussion die Initiative ergriffen. Die lebhafte Diskussion, die eingesetzt hat, die Ausstrahlung, die sie in Politik und Öffentlichkeit entfaltet, zeigt, daß sich die Partei ihrer Aufgabe und Verantwortung bewußt ist. Öffentlichkeit und Bürger haben erkannt: die CDU nimmt die Herausforderung unserer Zeit an, der Entwurf für ein Grundsatzprogramm der CDU beschreibt die freiheitliche Alternative zum Sozialismus.

Gleiche Werte – ungleiches Verständnis

CDU wie auch SPD nennen in ihren Programmen dieselben politischen Grundwerte: Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit. Denn diese drei Werte sind die gemeinsamen Grundwerte des europäischen politischen Denkens. Sie sind gemeinsames Erbe aller demokratischen Parteien. Mit ihrem Bekenntnis zu diesen Werten im Berliner Programm wie im Grundsatzprogramm leistet die CDU einen Beitrag zur Bewahrung des geistig-politischen Erbes Europas. Sie fördert dadurch zugleich die notwendige Gemeinsamkeit der demokratischen Parteien.

Aber die Übereinstimmung in der Nennung der Grundwerte signalisiert nur scheinbar eine Übereinstimmung auch in ihrem Verständnis und in den politischen Grundaussagen. Ein Vergleich des Grundsatzprogrammmentwurfs der CDU und des Orientierungsrahmens '85 der SPD macht tiefe Gegensätze sichtbar. Er zeigt darüber hinaus, wie dünn die Decke der Grundwertebestimmung durch die SPD ist und wie wenig Substanz hinter ihrem Anspruch einer grundwerteorientierten Politik steckt. Denn die SPD begnügt sich weitgehend mit einem unverbindlich gesinnungshaften Bekenntnis zu den Grundwerten. Das Bekenntnis allein kann jedoch eine Begründung nicht ersetzen. Demgegenüber unternimmt es die CDU mit dem Grundsatzprogrammmentwurf zum erstenmal in der deutschen Parteigeschichte, die Grundwerte und ihr Verhältnis zueinander konkret zu beschreiben.

Freiheit

Für die SPD ist Freiheit in erster Linie „das Freisein von entwürdigenden Abhängigkeiten“. Richtig ist: Wer in Abhängigkeit gehalten wird, ist nicht frei. Aber

Befreiung aus Abhängigkeiten ist nur ein Teil der Freiheit. Deshalb sagt der Entwurf der CDU: „Es gibt Abhängigkeiten, die den Menschen erniedrigen. Aber es gibt auch Bindungen, in denen Freiheit sich erst entfaltet.“ Das allein von Abhängigkeiten befreiende Emanzipationsideal der SPD bedeutet eine Selbstüberhöhung des Menschen, bewirkt aber seine Vereinzelung und deshalb gesteigerte Abhängigkeit von der Gesellschaft. „Freiheit als Ergebnis gesellschaftlicher Leistung“ (Brandt) ist der Fixpunkt sozialistischer Politik. Die Verantwortung des einzelnen für die Verwirklichung von Freiheit, seine Leistung, Selbsthilfe und Pflicht im Streben nach Freiheit bleiben ausgeblendet zugunsten von Ansprüchen und Rechten auf öffentliche Leistungen. Daß dahinter aber der Aufbau einer neuen Fremdbestimmung durch die anonyme Gesellschaft steht, wird verdrängt.

Weil ein bindungsloser Mensch ein in der Masse isolierter, politisch leicht handhabbarer, damit unfreier Mensch wäre, betont das Grundsatzprogramm der CDU den untrennbaren Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung, hebt hervor, daß Freiheit Rechte und Pflichten umfaßt, Leistung und die Bereitschaft voraussetzt, die Freiheit nach innen und außen zu schützen. „Nur wer frei ist, kann Verantwortung tragen, und nur wer verantwortlich handelt, behält die Chance der Freiheit.“ Erst dieses ausgewogene Freiheitsverständnis, das den Mitmenschen und die Gemeinschaft einbezieht, eröffnet Freiheit, ist geeignet, Freiheit jenseits von schrankenlosem Individualismus und anonymem Kollektivismus zu verwirklichen.

Solidarität

Solidarität ist im Verständnis der SPD vorwiegend eine „Waffe im sozialen Kampf“ all derer, die „gemeinsam gegen Abhängigkeiten und Benachteiligungen zu kämpfen haben“. Der Solidaritätsbegriff — inhaltlich „aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und des demokratischen Sozialismus“ abgeleitet — meint zunächst und in erster Linie eine „Klassensolidarität der Arbeitnehmer“ (von Oertzen). Der Orientierungsrahmen verneint, daß es „zwischen Reichen und Armen, Mächtigen und Machtlosen, Wissenden und Unmündigen wirkliche Solidarität geben“ kann. Das zu glauben, wird als „der Irrtum des Konservatismus“ bezeichnet. So verstanden ist Solidarität eine Solidarität der Fronten im gesellschaftlichen Grabenkampf. Wer auf welche Seite gehört, entscheidet das jeweils vertretene Interesse und dessen ideologisch bestimmte Einordnung durch die SPD.

Der Grundsatzprogrammentwurf umreißt klar die Alternative: Solidarität zielt auf die Fähigkeit, auch bei widerstreitenden Interessen und ungleicher Macht füreinander verantwortlich zu sein und das Wohl des Ganzen zu wahren. Für die CDU bedeutet Solidarität mehr „als die Kampfgemeinschaft derer, die ein gemeinsames Interesse gegen andere vertreten“. Die zwischenmenschliche Bedeutung der Solidarität geht über Interessengegensätze und Gruppen hinaus. Auch da, wo Interessen und Ziele einander widersprechen, ist Solidarität als Grundlage menschenwürdigen freien Zusammenlebens unverzichtbar. Denn: „Solidarität verbindet die Menschen untereinander und ist Grundlage jeder Gemeinschaft. Sie ist Ausdruck der sozialen Natur des Menschen.“ Für die CDU ist das Wesen von Politik dem-

nach maßgeblich von dem Streben bestimmt, Solidarität zwischen Ungleichem, zwischen Mehrheiten und Minderheiten, Kranken und Gesunden, Jungen und Alten, Reichen und Armen, Organisierten und Nichtorganisierten, Habenden und Bedürftigen zu fordern und zu ermöglichen. Partnerschaft auf der Grundlage unterschiedlicher individueller und gesellschaftlicher Voraussetzungen — das ist die Leitidee, mit der sich die CDU inhaltlich scharf vom Solidaritätsverständnis der SPD unterscheidet.

Gerechtigkeit

Die Gerechtigkeit soll aus der Sicht der SPD die Freiheit durch gleiche Rechte und gleichwertige Lebenschancen in der Gesellschaft verwirklichen. Das SPD-Verständnis von Gerechtigkeit ist weitgehend auf das Ideal gesellschaftlicher Gleichheit ausgerichtet: In einer Veröffentlichung von Mitarbeitern der Kommission Orientierungsrahmen wird festgestellt: „De facto wurde der Gerechtigkeitsbegriff weitgehend im Sinne der Forderung nach Gleichheit interpretiert.“ Für den Parteivorsitzenden Brandt unterscheidet sich die Gleichheitsidee der SPD von der aller anderen Parteien „durch die Forderung nach Gleichheit der Lebenschancen“. Der Vorsitzende der Kommission Orientierungsrahmen, v. Oertzen, ergänzt diese Feststellung mit der Aussage, daß es der SPD nicht nur um „formale Rechtsgleichheit oder Gleichheit der Startchancen für jeden Menschen“ gehe, sondern um „die wirkliche gesellschaftliche Gleichheit der Lebenschancen“.

Die Gleichheit der Menschen in ihrer Würde und vor dem Recht ist auch für die CDU ein Kernpunkt von Gerechtigkeit. Ebenso die Gewährleistung von Chancengerechtigkeit, die das Recht eines jeden bedeutet, „sich in gleicher Freiheit so unterschiedlich zu entfalten, wie es der persönlichen Eigenart des einzelnen entspricht“. Weil aber die Menschen verschieden sind, führt Chancengerechtigkeit notwendig zu ungleichen Ergebnissen. Chancengerechtigkeit ist nur dann ein erfüllbares und humanes Versprechen, wenn die Bereitschaft vorhanden ist, diese Unterschiedlichkeit der Ergebnisse zu ertragen. Gerechtigkeit verlangt, „Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln“.

Verhältnis der Grundwerte zueinander

CDU und SPD gehen davon aus, daß die Grundwerte einander bedingen, sich gegenseitig erfordern und begrenzen (CDU) bzw., daß ein notwendiger Zusammenhang der drei Grundwerte besteht (SPD). Während aber die SPD von einer generellen Gleichrangigkeit dieser Werte ausgeht, erfolgt die Zuordnung des Verhältnisses der Grundwerte zueinander bei der CDU ausgewogener und weniger starr: „Entsprechend den sich wandelnden Herausforderungen stehen wir immer von neuem vor der Aufgabe, das Verhältnis der Grundwerte zueinander so zu gestalten, daß sie zusammen ihre Wirkung entfalten.“ Ohne die prinzipielle Bedeutung jedes einzelnen Grundwertes aus den Augen zu verlieren, sichert sich die CDU damit die im Interesse der Gemeinschaft notwendige Beweglichkeit, auf die immer neuen

Herausforderungen der Zeit angemessene Antworten zu geben. Nicht das Bekenntnis zu den Grundwerten, vielmehr „ihre Gewichtung untereinander richtig zu gestalten, ist Kern der politischen Auseinandersetzung“.

Verständnis vom Menschen

Wie ist zu erklären, daß CDU und SPD unter Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit so Unterschiedliches, ja oft Gegensätzliches verstehen? Die Wurzeln dieser Differenzen liegen in dem unterschiedlichen Verständnis vom Menschen und seinem Verhältnis zur Gesellschaft.

■ Politisches Endziel der SPD ist die sozialistische, aus ihrer Sicht „neue und bessere Ordnung der Gesellschaft“, in der „die Widersprüche in den gesellschaftlichen Lebensverhältnissen“, damit die „Vorrechte der herrschenden Klassen“ aufgehoben sind. Die bestehende Ordnung ist für die SPD „durch den Widerspruch gekennzeichnet zwischen dem, was den Menschen wirtschaftlich, sozial, politisch und geistig möglich wäre und dem, was sie aus diesen Möglichkeiten machen“. Die Ursachen dieses Widerspruchs liegen in den gegebenen „gesellschaftlichen Lebensverhältnissen“, die — so die SPD — „sich gegenüber den Menschen verselbstständigt haben“. Diese „Fremdbestimmung“ und mit ihr das bestehende „System“ zu überwinden — darin sieht sie die Erfüllung ihrer „geschichtlichen Aufgabe“.

Dieser Ansatz von Politik ist weder neu noch originell; er ist deckungsgleich mit der Gesellschaftsanalyse im Kommunistischen Manifest von Marx und Engels. Auf dieser marxistischen These ist der gesamte Orientierungsrahmen aufgebaut, sie ist seine „zentrale Aussage“ und für die SPD die „Idee des Sozialismus“ schlechthin. In ihrer Folge wird Freiheit zur Befreiung, Solidarität zur Klassensolidarität, Gerechtigkeit zur Gleichheit. Die SPD macht damit die Verwirklichung der Grundwerte von der sozialistischen Umwälzung unserer Gesellschaft abhängig. Auch das demonstriert die beherrschende Bedeutung des marxistischen Denkansatzes in der SPD und widerlegt zugleich ihre Behauptung, daß ihre Entscheidung für den Sozialismus aus verschiedenen Denk- und Glaubensrichtungen begründet werden kann.

■ Wurzel und ethisch-geistiger Hintergrund des Grundwerteverständnisses der CDU ist ein christlich geprägtes, personales Verständnis vom Menschen. Aus ihm folgen zwei wichtige Erkenntnisse: Die Vollendung des Menschen sowie die Erfüllung einer innerweltlichen Heilserwartung durch Geschichte und Gesellschaft sind nicht möglich. Denn: „Der Mensch verdankt (die Möglichkeit zur freien Selbstbestimmung) weder sich selbst noch der Gesellschaft. Er ist nicht das letzte Maß aller Dinge. Seinem Bedürfnis, sich und der Welt einen letzten Sinn zu geben, kann er aus eigener Kraft nicht gerecht werden.“ Deshalb unterliegt die CDU nicht dem Zwang, Menschen und Gesellschaft einen letzten Sinn zu geben, ihnen durch das Verkünden einer herrschafts- und widerspruchsfreien Gesellschaft ein diesseitiges Heil zu versprechen. Die andere Erkenntnis ist: Es sind nie die anonyme Gesellschaft bzw. sogenannte „gesellschaftliche Lebensverhältnisse“ für Leistungen und Fehlleistungen verantwortlich, sondern die Menschen, die in dieser Gesellschaft

leben, die für sich und die Mitmenschen eine konkrete, zurechenbare Verantwortung tragen. Freiheit und Verantwortung gehören daher für die CDU zusammen. Die Möglichkeit zur Freiheit hat der Mensch nicht von sich aus. Sie umfaßt Rechte und Pflichten. Politik hat die Aufgabe, diese Freiheit zu schützen, die äußeren Bedingungen zu schaffen, damit sich der Mensch, so wie er ist, frei und in Solidarität zu seinen Mitmenschen entfalten kann. Politik hat also kein Recht, einen neuen Menschen zu schaffen, die Menschen einer Ideologie anzupassen, um so sicherzustellen, daß sie im Sinne etwa eines sozialistischen Gesellschaftsmodells funktionieren. Politik muß ihre Grenzen anerkennen. Die CDU sieht darin eine wesentliche Voraussetzung personaler Freiheit, zwischenmenschlicher Solidarität und Gerechtigkeit.

Unterschiede in den politischen Leitlinien

Die Differenzen in den Grundsätzen zwischen CDU und SPD führen zwangsläufig auch zu verschiedenen Antworten auf die politischen Grundfragen. Das veranschaulichen die Leitgedanken beider Parteien in den zentralen Bereichen der Politik.

Soziale Marktwirtschaft

Der Grundsatzprogrammentwurf der CDU lehnt staatliche Wirtschaftsplanung und -lenkung entschieden ab; denn eine zentral gelenkte Verwaltungswirtschaft verhindert, daß sich „die Menschen frei und sozial entfalten“. Die CDU setzt dem sozialistischen Systementwurf das Ordnungskonzept der Sozialen Marktwirtschaft entgegen. Erstmals werden in einem politischen Programm die wirtschaftlichen und sozialen Ordnungselemente der Sozialen Marktwirtschaft umfassend dargestellt und zueinander in Beziehung gesetzt. Damit wird die Einheitlichkeit der Prinzipien für Wirtschafts- und Sozialpolitik im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft hervorgehoben und der Forderung nach einer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik Nachdruck verliehen.

„Die Soziale Marktwirtschaft ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm für alle. Ihre Grundlagen sind:

- Leistung und soziale Gerechtigkeit,
- Wettbewerb und Solidarität,
- Eigenverantwortung und soziale Sicherung.“

Der Grundsatzprogrammentwurf beschreibt als grundlegende Elemente einer marktwirtschaftlichen Ordnung:

- „Wettbewerb und persönliches, sozialverpflichtetes Eigentum;
- dezentrale Steuerung durch Märkte und Tarifautonomie;
- Machtkontrolle durch Gewaltenteilung und staatliche Aufsicht;
- Freiheit der Verbraucher, Unternehmen und des Berufes;
- Selbständigkeit und Risikobereitschaft;

- Freiheitssicherung durch das Angebot von Alternativen und die Teilhabe des einzelnen am wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt.“

Diese Prinzipien sind auch Prinzipien einer freiheitlichen Demokratie. Entsprechend stellt der Grundsatzprogrammentwurf fest: „Dem Bekenntnis zur Demokratie als Organisationsform des Staates entspricht das Bekenntnis zum Markt als Organisationsform der Wirtschaft.“

Die Prinzipien der Sozialpolitik folgen aus den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Diese erfordert eine wirtschaftliche und eine soziale Ordnungspolitik. „Soziale Ordnungspolitik verwirklicht die Grundwerte in der Sozialpolitik.“ Sie folgt dem Gebot der Subsidiarität. Ihre grundlegenden Elemente sind:

- „Sozialer Ausgleich und Bedarfsgerechtigkeit;
- Hilfe zur Selbsthilfe und private Initiative;
- Leistungsgerechtigkeit und Versicherungspflicht;
- Dezentralisierung und Selbstverwaltung;
- Tarifautonomie und Minderheitenschutz;
- vorbeugende und produktive Sozialpolitik;
- Wahlfreiheit und Gleichwertigkeit der elementaren Lebensbedingungen;
- soziale Partnerschaft, Generationenvertrag und Gleichberechtigung der Frau.“

Wirtschaftliche und soziale Ordnung, Wirtschafts- und Sozialpolitik sind für die CDU eine untrennbare Einheit. „Eine Wirtschaftspolitik ohne soziale Gerechtigkeit verfehlt den sozialen Frieden und muß zu volkswirtschaftlichen Verlusten führen. Eine Sozialpolitik ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und wirtschaftliches Wachstum beraubt sich selbst ihrer Einnahmequellen.“

Diesen elementaren Zusammenhang leugnen die Programme der SPD. Der Politik der SPD fehlt die ordnungspolitische Grundlage. Die SPD-Politik hat in den vergangenen Jahren versucht, sich über die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft hinwegzusetzen. Versagt hat deshalb nicht die marktwirtschaftliche Ordnung, sondern die Politik. Die Soziale Marktwirtschaft hat sich schon unter schwierigeren Bedingungen bewährt: Wiederaufbau, Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und ein hohes Maß an sozialer Sicherheit wurden mit ihr gleichzeitig verwirklicht. Auch die Soziale Marktwirtschaft kann verbessert werden. Wer sie aber beseitigen will, beseitigt mit ihr Freiheit und soziale Gerechtigkeit.

Der Staat

Im Verständnis der SPD ist der Staat eine interessenabhängige Instanz, ein Interessenstaat, der weitgehend als Beute der ökonomisch und gesellschaftlich Mächtigen aufgefaßt wird. Aus dieser Behauptung leitet die SPD für sich das Recht ab, Staat und staatliche Mittel ebenso für die eigenen parteilichen Ziele einzusetzen, wie sie das anderen unterstellt. Die angeblich staatsbeherrschenden Mächtigen sind im Orientierungsrahmen deutlich erkennbar gemacht: es ist die „privatwirtschaftliche Macht“, es sind „finanzkräftige konservative Interessengruppen“, „die führenden Männer der Großwirtschaft“, kurz: „konservative und reaktionäre Kräfte“. Die SPD will deshalb „die Unabhängigkeit des Staates“ von diesen Interessen-

gruppen erstreiten, die „Gegenmacht der Gewerkschaften gegenüber der Kapitalseite sichern und den Handlungsspielraum des Staates gegenüber der privaten Wirtschaftsmacht erweitern“. Investitionslenkung und staatliche Wirtschaftsplanung sind dazu die Mittel. Zusätzlich will die SPD zu einer „neuen kooperativen Aufgabenverteilung“ zwischen Staat und gesellschaftlichen Gruppen gelangen. Sie leistet damit der Aushöhlung staatlicher, d. h. allgemein demokratisch begründeter Machtausübung Vorschub, öffnet die Schleusen für die Vergesellschaftung des Staates und der privaten Lebenssachverhalte und läßt so den Staat tatsächlich und endgültig zur Beute von Interessengruppen werden.

Der Grundsatzprogrammentwurf der CDU beschreibt Rechtsstaat, Demokratie und Sozialstaat als die Ordnungen, in denen der Staat Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sichert und verwirklichen hilft. Im Gegensatz zur SPD ist der Staat für die CDU kein Instrument zur Durchsetzung gruppenegoistischer oder parteiischer Ziele. Seine Aufgabe ist es vielmehr, das Wort des einzelnen Bürgers und der Gemeinschaft zu fördern. Ein sozialistisch demokratisierter, vergesellschafteter Staat wäre dazu nicht fähig. Er wäre einer unkontrollierbaren und letztlich unverantwortlichen Minderheit derer ausgeliefert, die politisch und gesellschaftlich das Sagen haben. Nur ein Rechtsstaat, der die „Herrschaft des Staates und das Zusammenleben der Bürger durch Rechtsnormen ordnet, die gerecht sind und auf die Verlaß ist“, kann die Freiheit der Bürger gewährleisten, sie vor der Allmacht des Staates wie vor gesellschaftlicher und politischer Willkür schützen. Und nur der Sozialstaat, der dem einzelnen Bürger die Verantwortung für sein Leben nicht abnimmt, kann aus der Sicht der CDU dem Menschen helfen, „die Freiheit des Rechtsstaates“ wahrzunehmen.

Deutschland in der Welt

Oft redet Schweigen Bände. Der Orientierungsrahmen der SPD übergeht die Deutschlandpolitik. Die deutsche Frage wird nur in einem Satz, die Probleme des Status und der Lebensfähigkeit Berlins überhaupt nicht erwähnt. Die europapolitischen Überlegungen beschränken sich auf die Forderung nach einem sozialistischen Europa. Die Außenpolitik hat für die SPD augenscheinlich eine nur außenwirtschaftliche Bedeutung. Aussagen und ein Bekenntnis zur Atlantischen Allianz sind ebenso wenig auffindbar wie programmatische Gedanken zur Sicherheitspolitik. Der Orientierungsrahmen begnügt sich damit, ein allgemeines und unbestreitbares Bekenntnis zu einem dauerhaften und gesicherten Frieden und zu einem „System internationaler Sicherheit und Zusammenarbeit“ abzulegen. Die fortdauernde ideologische Auseinandersetzung zwischen Ost und West, ihre Auswirkungen auf unser Land und das geteilte Europa sind für den Orientierungsrahmen nicht existent.

Statt dessen wird das verschwenderische Wettrüsten beklagt, ohne dabei auf die treibende Rolle der kommunistischen Staaten und den dadurch für die freie Welt verursachten Zwang zur Stärkung ihrer Verteidigungskraft hinzuweisen.

Dagegen schließt der Grundsatzprogrammentwurf der CDU mit dem Deutschland- und außenpolitischen Teil. Darin kommt die besondere Bedeutung zum Ausdruck,

welche die CDU diesem Themenbereich gibt. Der Entwurf legt ein klares Bekenntnis zur Partnerschaft der freien Völker und zu den gemeinsamen Werten und Zielen ab, auf denen diese Partnerschaft beruht. Er nimmt ausführlich zu den Grundfragen der Außenpolitik Stellung, gibt konkrete Antworten zur Politik der CDU in den Bereichen Deutschlandpolitik, Europapolitik, Sicherheitspolitik, Ostpolitik und macht präzise Aussagen zu unserer weltweiten Verantwortung. Frieden ist Bedingung für das Überleben und die freie Entfaltung von Menschen und Nationen. Deshalb ist für die CDU der Wille zum Frieden „Grundlage unserer Deutschland- und Außenpolitik“. Der Frieden hängt zunehmend auch davon ab, ob es gelingt, Not und Gefahren im weltweiten Maßstab zu bannen.

Das verpflichtet die Bundesrepublik zur internationalen Mitverantwortung auf der Grundlage unserer Interessen wie unserer ethischen Prinzipien. Europa ist für die CDU kein Unterfall der Entspannungspolitik, wie dies für die SPD der Fall ist. Die Einigung Europas auf der Grundlage einer freiheitlich-demokratischen Ordnung hat für die CDU Vorrang. In der Deutschlandpolitik hält die CDU am Ziel der Freiheit und freien Selbstbestimmung für das deutsche Volk fest: „In Frieden wollen wir die Spaltung Europas und mit ihr die Teilung unseres Vaterlandes überwinden.“ Zur Ost- und Sicherheitspolitik stellt der Grundsatzprogrammentwurf fest, daß dem Frieden nicht durch die Verschleierung ideologischer und politischer Gegensätze oder die Aufgabe des Gleichgewichts der Kräfte gedient werden kann. Und er stellt mit aktueller Bedeutung fest: „Die Verteidigung unseres Landes ist Sache des ganzen Volkes.“

CDU in der geistigen Führung

Die führenden Vertreter der SPD haben längst erkannt: ihre sozialistischen Programme gehen am Willen und an den Wünschen der Bürger vorbei. Deshalb propagiert die SPD in ihrem Programm zwar den Sozialismus, in den Wahlen jedoch das Modell Deutschland. Selbst Erhard Eppler räumt ein: „Was den Bürger sorgt, darüber steht im Orientierungsrahmen nichts drin.“

Diskussion und Verabschiedung des Grundsatzprogramms der CDU werden die SPD zwingen, zu den Grundsätzen der Programmklarheit und Programmwahrheit zurückzukehren, sich also erneut der prinzipiellen Debatte zu stellen. Der Ausgang dieser Debatte wird maßgeblich über den Weg mitentscheiden, den unser Staat und unsere Gesellschaft in Zukunft gehen werden: den Weg eines sozialistischen „Modells Deutschland“ oder den Weg eines freien, gerechten und solidarischen Gemeinwesens, geprägt durch die Entfaltung und Mitverantwortung eines jeden Bürgers.